Gemeinde Marienheide
Der Bürgermeister

Niederschrift

Gremium			
Bau-, Planungs- und Umweltausschuss			**38. Sitzung**
Sitzungsort			Sitzungstag
Rathaus, Sitzungssaal, Hauptstraße 20, Marienheide			**04.09.2019**
Datum der Einladung	Einladungsnachtrag	Sitzungsbeginn	Sitzungsende
22.08.2019		**18:00 Uhr**	**20:05 Uhr**

Anwesend sind:

Vorsitzende/r

Schleicher, Reinhard	CDU	

Ratsmitglieder CDU

Bringheli, Salvatore	CDU	Vertretung für Herrn Günther Korthaus
Hettich, Michael	CDU	
Jaeger, Carsten	CDU	Vertretung für Frau Victoria Jaeger
Kemper, Karl-Wilhelm	CDU	
Wittke, Matthias	CDU	

Ratsmitglieder SPD

Maurer, Holger	SPD
Schramm, Markus	SPD

Ratsmitglieder FDP

Rittel, Jürgen	FDP

Ratsmitglieder GRÜNE

Kirkes, Christel	GRÜNE
Zander-Wörner, Kirsten	GRÜNE

Sachkundige Bürger CDU

Bielenberg, Jörn	CDU

Sachkundige Bürger SPD

Geisel, Fabian	SPD

Sachkundige Bürger UWG

Gebske, Helmut	UWG

beratende Mitglieder

Gumprich, Dieter	fraktionslos

Es fehlten:

Ratsmitglieder CDU

Jaeger, Victoria	CDU
Korthaus, Günther	CDU

Sachkundige Bürger SPD

Pack, Johannes	SPD

Verwaltung:

Meisenberg, Stefan
Garn, Thomas (zu TOP 1-3, öffentlicher Teil)
Müller, Volker
Dreiner, Christoph
Schmereim, Marco
Kaufmann, Yvonne (Schriftführerin)

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung. Er stellt fest, dass der Bau-, Planungs- und Umweltausschuss ordnungsgemäß und fristgemäß eingeladen worden und beschlussfähig ist. Hiergegen werden keine Einwendungen erhoben.

Öffentliche Sitzung:

1	**Einrichtung einer Tempo-30 Zone im Ortsteil Winkel**	Drucksache Nr. **BV/079/19**

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig
Die Verwaltung wird beauftragt, den Antrag auf Einrichtung von Tempo 30-Zonen in der Ortschaft Winkel wie beantragt beim Straßenverkehrsamt des Oberbergischen Kreises als zuständige Straßenverkehrsbehörde zu stellen.	

2	**Verkehrsregelnde Maßnahmen im Ortsteil Winkel**	Drucksache Nr. **BV/080/19**

Herr Garn führt den Sachverhalt anhand der Beschlussvorlage aus und beantwortet anschließend Fragen aus dem Ausschuss.

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig
Die Verwaltung wird beauftragt, den Antrag für die straßenverkehrsrechtliche Anordnung der Straßenmarkierung und der Gefahrzeichen 102 sowie des Richtzeichens 314 beim Straßenverkehrsamt des Oberbergischen Kreises als zuständige Straßenverkehrsbehörde zu stellen.	

3	**Einrichtung eines verkehrsberuhigten Bereichs im Gebiet Hauerberg**	Drucksache Nr. **BV/081/19**

Bei der Erklärung der Beschlussvorlage weist Herr Garn darauf hin, dass hier eine Beschilderung ohne bauliche Maßnahmen geplant ist.

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig
Die Verwaltung wird beauftragt, den Antrag auf Einrichtung eines verkehrsberuhigten Bereichs für die Straßen Auf der Hau, Im Büschelchen, Zur Dicken Linde sowie für die Straße Im Kreuzfeld beim Straßenverkehrsamt des Oberbergischen Kreises als zuständige Straßenverkehrsbehörde zu stellen.	

4	**79. Änderung des Flächennutzungsplans und Bebauungsplan Nr. 89 "Betriebserweiterung Firma Rüggeberg"** **a) Ergebnis der Beteiligungsverfahren gem. §§ 2 Abs. 3, 3 und 4 Abs. 1 und 2 BauGB** **b) Feststellungs- und Satzungsbeschluss**	Drucksache Nr. **BV/099/19**

SB Jörn Bielenberg erklärt sich nach § 31 GO NW befangen und nimmt im Zuhörerbereich Platz.

Herr Dreiner fasst den Inhalt der Beschlussvorlage zusammen. Auf Nachfrage von SB Helmut Gebske fügt er an, dass durch eine abschließende Untersuchung des Ingenieurbüros Beck die Frage der Entwässerung geklärt sei.

Eingaben aus der Öffentlichkeit seien nicht eingegangen. Die Eingaben der Nachbargemeinden, Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange in den Abwägungslisten zum Bebauungsplan und anschließend zum Flächennutzungsplan werden einzeln abgefragt. Fragen hierzu bestehen nicht. Herr Dreiner weist darauf hin, dass sich der Inhalt der Eingaben 8, 9 und 11 in der Abwägungsliste des FNP auf den Bebauungsplan beziehen.

Auf Rückfrage wird erläutert, dass der überörtliche Radweg auf der alten Bahntrasse planungsrechtlich gesichert sei.

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig
a) Über die Stellungnahmen, die während der Beteiligungsverfahren gem. §§ 2 Abs. 2, 3 Abs. 1 und 2 sowie 4 Abs. 1 und 2 BauGB vorgetragen wurden, wird wie in der beigefügten Liste dargelegt abgewägt und beschlossen. b) Für die 79. Änderung des Flächennutzungsplans „Betriebserweiterung Firma Rüggeberg“ wird der Feststellungsbeschluss gefasst. Der Bebauungsplan Nr. 89 „Betriebserweiterung Firma Rüggeberg“ wird gem. § 10 Abs. 1 BauGB vom 03.11.2017 (BGBl. I S.3634) in Verbindung mit § 7 GONW (GV NRW S. 666/SGV.NRW 2023) in der zuletzt geltenden Fassung als Satzung beschlossen. Der Flächennutzungsplanänderung und dem Bebauungsplan sind gem. § 5 Abs. 5 BauGB bzw. § 9 Abs. 8 BauGB eine Begründung mit den Angaben nach § 2a	

BauGB beigefügt.

5	**30. Änderung und Erweiterung des Bebauungsplan Nr. 25 „Ortskern Marienheide“ gem. § 13a BauGB Aufstellungsbeschluss**	Drucksache Nr. **BV/090/19**

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig
Es wird beschlossen, für den Bebauungsplan Nr. 25 „Ortskern Marienheide“ ein 30. Änderungs- und Erweiterungsverfahren, wie im Sachverhalt dargestellt, durchzuführen. Der Geltungsbereich der Bauleitplanung geht aus dem Lageplan, welcher dieser Beschlussvorlage beigefügt ist, hervor. Die Änderung erfolgt als Bebauungsplan der Innenentwicklung nach § 13a BauGB im beschleunigten Verfahren.	

6	**14. Änderung des Bebauungsplans Nr. 48 „Gewerbegebiet Kalsbach-Kotthauserhöhe“ gem. § 13a BauGB; Aufstellungsbeschluss**	Drucksache Nr. **BV/094/19**

Der Discounter Aldi möchte seinen Markt umbauen und modernisieren. Unter anderem soll die Verkaufsfläche vergrößert werden. Mit 799 m² bleibt er knapp unter der festgesetzten Größe eines großflächigen Einzelhandelsbetriebes. Daher wird verwaltungsseitig die Änderung des Bebauungsplanes vorbehaltlich den Ergebnissen eines zu beauftragenden Verträglichkeitsgutachtens empfohlen.

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig
Es wird beschlossen für den Bebauungsplan Nr. 48 „Gewerbegebiet Kalsbach-Kotthauserhöhe“ ein 14. Änderungsverfahren durchzuführen. Ziel ist es, die textlichen Festsetzungen zur maximalen Verkaufsfläche von derzeit 700 m² auf maximal 799 m² zu ändern. Die Änderung erfolgt als Bebauungsplan der Innenentwicklung nach § 13a BauGB im beschleunigten Verfahren.	

7	**2.Satzung über die Einbeziehung von Außenbereichsflächen zur Festlegung des im Zusammenhang bebauten Ortes Stülinghausen gem. § 34 Abs. 4 Nr. 3 BauGB;** **a) Ergebnis der Beteiligungsverfahren gem. § 34 Abs. 6 i. V. m. § 13 Abs. 2 Nrn. 2 und 3 BauGB,** **b) Satzungsbeschluss**	Drucksache Nr. **BV/086/19**

Die Eingaben in der Abwägungsliste werden einzeln abgefragt, Wortmeldungen dazu gibt es nicht. Anschließend beantwortet Herr Dreiner Fragen der Ausschussmitglieder.

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig

a) Über die vorgetragenen Anregungen wird wie in der beigefügten Liste dargelegt beschlossen.
b) Die 2. Satzung über die Einbeziehung von Außenbereichsflächen zur Festlegung des im Zusammenhang bebauten Ortsteils Stülinghausen gem. § 34 Abs. 4 Nr. 3 des BauGB wird in Verbindung mit § 7 GONW in den zur Zeit geltenden Fassungen als Satzung beschlossen.

8	**Antrag der FDP-Fraktion vom 19.06.2019, Maßnahmen gegen die Verschmutzung im Bereich Busbahnhof**	Drucksache Nr. **AT/077/19**

Der Antrag der FDP-Fraktion wird inhaltlich von RM Jürgen Rittel wiedergegeben.

Es entsteht eine Diskussion, ob es möglich ist bei den Schülern Verwarngelder bei Verschmutzung zu erlassen. Dies habe möglicherweise einen „heilsamen Effekt“ und spreche sich unter den Schülern rum. Von den Ausschussmitgliedern wird das jedoch kritisch gesehen.

BM Meisenberg schlägt vor, Kontakt mit dem BAV (Bergischer Abfallwirtschaftsverband) aufzunehmen, um durch gezielte Aktionen in den Schulen, die Kinder und Jugendlichen für das Thema zu sensibilisieren.

Die Verwaltung hat festgestellt, dass auf dem Schulweg von der Jahnstraße bis zum Busbahnhof genügend Mülleimer aufgestellt worden sind, sodass daran kein Mangel besteht.

SB Helmut Gebske bietet an, in den nächsten Tagen selbst Müll einzusammeln, um bei den Schülern mit gutem Beispiel voranzugehen und sie dabei auf das Thema anzusprechen.

Abschließend wird folgender Beschluss gefasst:

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig

Es wird beschlossen,

- das Gelände um den Busbahnhof zwischen Montag und Freitag bedarfsgerecht durch den Bauhof reinigen zu lassen,
- die gebrochenen Glasscheiben der Wartehallen am Busbahnhof zu entfernen und nicht wieder zu ersetzen,
- das Thema Müll in den Gesamt- und Grundschulen zu thematisieren,
- den Ordnungsamtsmitarbeiter anzuweisen, wochentags nach Schulschluss am Busbahnhof Präsenz zu zeigen.

9	**Integriertes Stadtentwicklungskonzept für den Ortskern von Marienheide Sachstandsbericht**	Drucksache Nr. **IV/101/19**

Herr Dreiner stellt kurz die anstehenden Projekte für das Jahr 2020 vor. Die Detailplanungen zu diesen drei Maßnahmen können zu einem späteren Zeitpunkt innerhalb der Lenkungsgruppe festgelegt werden.
Auf Nachfrage weist er daraufhin, dass die zu dieser Beschlussvorlage beigefügte Anlage lediglich der Übersicht der betroffenen Flächen im ISEK diene.

10	**Mitteilungen und Verschiedenes**	Drucksache Nr.

Geschwindigkeitsmessungen in Marienheide
Den Ausschussmitgliedern liegt eine Tischvorlage mit Auswertungen zu verschiedenen Geschwindigkeitsmessungen in Marienheide vor.

Eine Fragestellung zu den Möglichkeiten der Geschwindigkeitsmessgeräte wird im Nachgang zur Sitzung wie folgt dargelegt:
Die Geschwindigkeitsmesstafeln besitzen nicht die technische Möglichkeit / Funktion, bei temporär unterschiedlich zulässigen Höchstgeschwindigkeiten (wie beispielsweise an der B 256 im Bereich der Kindertagesstätte „Springende Pferdchen“: zulässige Höchstgeschwindigkeit von Montag bis Freitag im Zeitraum von 06.30 Uhr bis 16.30 Uhr = 30 km/h, außerhalb dieses Zeitraums = 50 km/h) diese im Gerät „zu hinterlegen“.

Somit ist es auch nicht möglich, dass die Geräte außerhalb des v.g. 30 km/h Zeitraums automatisch außer Betrieb gehen, noch dass diese für die jeweils zulässigen Höchstgeschwindigkeiten automatisch den entsprechenden Smiley bzw. Sadley anzeigen (daher wurde bei Messungen in o.g. Bereich die Smiley- / Sadley-Anzeige deaktiviert und lediglich die gefahrene Geschwindigkeit angezeigt).

Tempo-30-Schild Hauptstraße
RM Holger Maurer weist darauf hin, dass die Tempo-30-Schilder auf der Hauptstraße in Höhe des Rathauses schlecht zu erkennen seien. Daraufhin bittet SB Helmut Gebske prüfen zu lassen, ob es möglich ist, eine zusätzliche Beschilderung, wie zum Beispiel in anderen Städten den Hinweis auf einen Kindergarten, dort anzubringen..

Das Straßenverkehrsamt des Oberbergischen Kreises führt mit Schreiben vom 09.09.2019 bzgl. eines Zusatzschildes „Kindergarten“ unter den Tempo 30-Beschilderungen an der B 256 im Bereich der Kita „Springende Pferdchen“ folgendes aus:

„*Von der Anordnung des Zusatzzeichens „Kindergarten“ wurde bisher regelmäßig abgesehen, da grundsätzlich das Vz. 274 („30“) ausreicht und keine besondere Gefahrensituation vorliegt, die solch eines verstärkten Hinweises bedarf. Tatsächlich halten sich die Kindergartenkinder in der Regel auf dem Gelände des Kindergartens auf und werden bei Ankunft und Abholung jeweils von ihren Eltern begleitet. In dem Moment, wenn sich Kinder im Straßenraum aufhalten, trifft den Verkehrsteilnehmer zudem die gesteigerte Sorgfaltspflicht des § 3 Abs. 2a StVO.“*

Flugbahn eines Hydrokopters
RM Michael Hettich fragt, ob der Verwaltung bekannt ist, dass täglich ab ca. 16:00 Uhr ein Hydrokopter über bestimmte Bereiche von Marienheide fliegt. Dieser stelle mittlerweile eine große Lärmbelästigung dar. Verwaltungsseitig wird zugesichert, in diesem Zusammenhang den Flugplatzbetreiber des Flugplatzes Meinerzhagen anzuschreiben, um das Anliegen weiterzugeben und Abhilfe zu schaffen.

Ampelanlage Scharder Straße/Leppestraße
Ob es möglich sei, die Ampelanlage Scharder Straße/Leppestraße auszustellen, möchte RM Holger Maurer wissen. Herr Schmereim wird dies beim Straßenverkehrsamt und dem Landesbetrieb Straßen NRW prüfen lassen. Fakt sei, dass die Rotphase vermutlich wegen einer defekten Steuerung sich mittlerweile verlängert habe und man die Ampel spätestens beim Bau des Kreisverkehres ohnehin abbauen werde.

Leerstand Ladenlokale Leppestraße
RM Holger Maurer fragt nach, ob die Ladenlokale in der Leppestraße 7 bald leerstehen würden. Der Verwaltung ist bekannt, dass der Optiker seinen Laden dort verlässt und auch die Eisdiele in Kürze einen neuen Pächter erhält.

Brucher Straße
Da die Brucher Straße als Einbahnstraße ausgewiesen ist, komme es nach Schilderung von SB Helmut Gebske immer wieder zu Irritationen besonders bei Radfahrern. Daher schlägt Herr Gebske vor, die Straße für Radfahrer in beide Richtungen freizugeben. Verwaltungsseitig werde man dies an das Ordnungsamt weitergeben

Vorsitzender:

gez. Reinhard Schleicher

Schriftführerin:

gez. Yvonne Kaufmann

Gesehen:

gez. Stefan Meisenberg
Bürgermeister